



Vierteiljährlicher Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beträgen 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 522. Mittag-Ausgabe.

Zierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonntag, den 7. November 1863.

### Telegraphische Depeschen und Nachrichten

**Paris, 6. November.** Die „France“ theilt mit, daß ein Schreiben des Kaisers an die Souveräne ergehen werde zu dem Zweck, ihnen den Plan zu einem Congresse zu unterbreiten. Ein europäischer Congreß sei so gut als schon besprochen. In wenig Tagen werde man wissen, ob die Berufung angenommen oder zurückgewiesen werde.

**Madrid, 4. November.** Die Königin hat heute in der Abgeordneten-Kammer die Session der Cortes eröffnet. Der die auswärtigen Beziehungen betreffende Passus der Thronrede lautet: „Unsere Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind friedlich und freundschaftlich. Es ist mein Bestreben, die nationale Ehre immer unverfehrt aufrecht zu erhalten und die Rechte und Interessen der Spanier zu schützen.“

### Preußen.

**Berlin, 6. Nov.** [Amtliche.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Secunde-Lieutenant mit dem Charakter als Premier-Lieutenant Ruppin, à la suite der Garde-Invaliden-Compagnie, den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Kreisgerichtsboten Johann Gottlieb Bley zu Berlin das allgemeine Ehrenzeichen und dem Universitäts-Registratur-Assistenten Johann Ferdinand Schmidt zu Königsberg i. Pr. die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; ferner den bisherigen Dirigenten des Wilhelms-Gymnasiums in Berlin, Professor Dr. Kübler, zum Director derselben Anstalt zu ernennen. (St. Anz.)

[Bei Sr. Maj. dem Könige] fand gestern ein Diner statt, zu welchem der Fürst Koban, Fürst Radziwill, der Ministerpräsident von Bismarck, der Hausminister Frhr. v. Schleinig, der russische Gesandte in München, v. Dzeroff, der Ober-Kämmerer Graf v. Redern und einige höhere Offiziere eingeladen erhalten hatten. — Heute um 3 Uhr traf Se. Maj. der König wiederum von Babelsberg hier ein und nahmen den Vortrag des königl. Hausministers Frhr. v. Schleinig entgegen.

[Se. Maj. der König] hat die Einladung zu einem Diner angenommen, welches der Staatsminister a. D. v. d. Heydt am Sonntag Mittag auf seiner Villa am Kanal geben wird. In Folge davon haben die ebenfalls eingeladenen sämtlichen Spitzen der höchsten Behörden und der Diplomatie bei ihrem Erscheinen Uniform anzulegen. Die heute ausgegebenen Einladungen enthalten einen dem entsprechenden Zusatz und erregen ein gewisses Aufsehen. Bei der bereitwilligen politischen Sachlage und da die Majestäten innerhalb der Residenz Festlichkeiten von Privaten selten zu besuchen pflegen, ist man geneigt, in der Annahme der erlangenen Einladung durch den König eine bedeutungsvolle Auszeichnung zu erkennen. Wir unterschätzen die Auszeichnung nicht, glauben aber, daß besondere Schätze aus derselben jedenfalls verkehrt sind, obwohl ihnen das Gerücht, der Finanzminister v. Bodelschwingh werde das ihm vorbehaltene Oberpräsidium von Westfalen schon bald antreten, eine gewisse Stütze verleiht. Zwischen den übrigen gegenwärtigen Räten der Krone und Herrn v. d. Heydt bestehen noch eine Reihe principieller Differenzen und von einem vollständigen Ministerwechsel sind wir heute so weit entfernt, wie jemals. (B. B. Z.)

[Eröffnung des Landtages.] Se. Majestät der König eröffnen am Montag Mittags im weißen Saale des hiesigen Schlosses in Person die beiden Häuser des Landtages. Der Entwurf der bisherigen Thronrede hat deshalb eine andere Fassung erhalten müssen, und es fand dieserhalb heute Vormittags 11 Uhr im Hotel des Staatsministeriums ein mehrstündiger Ministerrath statt.

[Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus.] Die „Bank- u. H.-Z.-Z.“ schreibt: Alles deutet darauf hin, daß die Regierung geneigt ist, eine Vermittlung eintreten zu lassen, um so viel an ihr ist, durch einige Zugeständnisse den Frieden mit der Landesvertretung herzustellen. Dafür spricht auch der, wie es scheint, jetzt feststehende Entschluß Sr. Maj. des Königs, die beiden Häuser des Landtages in allerhöchster Person zu eröffnen. In derselben Richtung glauben wir auf einen Artikel aufmerksam machen zu müssen, der sich in der „Spener'schen Zeitung“ als inspirirt einführt. Diese Zeitung schreibt:

Aus guter Quelle verlautet, daß eine sehr einflussreiche Persönlichkeit eifrig bemüht sein soll, Wege zur Ausgleichung des Conflictes zwischen unserer Regierung und dem Abgeordnetenhaus anzubahnen. Es soll dabei vornehmlich der Vorschlag in Erwägung gekommen sein, von beiden Seiten Commissarien zu ernennen, um über die Mittel zu einer Verständigung in Beratung zu treten. Man will wissen, daß mit Rücksicht hierauf die Thronrede in verständlicher Weise den Vertretern des Landes entgegenkommen werde. Wahrscheinlich soll es sein, daß an geeigneter Stelle der Vorschlag gemacht worden, die Volksvertretung solle unter Verwahrung ihrer verfassungsmäßigen Rechte, die doch einmal in das Leben getreten, nach der Ueberzeugung der Regierung durchaus nothwendige Reorganisation der Armee gut heißen, wogegen die Regierung mit gewissen Concessionen entgegenkommen werde. Man spricht dabei von einer bedeutenden Kosten-Ersparung durch ausgedehnte Verleubarung und allmähliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren, nach weiterer Ausbildung der militärischen Vorbereitungen durch Turn- und Schießübungen. Außerdem soll die Vorlegung einer neuen Kreis-Ordnung, eines Unterrichtsgesetzes und eines umgearbeiteten Gesetzes über die Civil-Ehe in Aussicht sein.

Daß eine Verständigung allseitig gewünscht wird und zumal bei der drohenden äußeren Lage gewünscht werden muß, liegt auf der Hand. Nur fürchten wir, — fügt die „B. u. H.-Z.“ hinzu — daß der Weg, zu ihr zu gelangen, nicht mehr leicht zu finden sein dürfte, nachdem die inneren Verwicklungen sich so gehäuft haben, daß durch die Schlichtung der Differenzen in der Militärfrage allein, selbst wenn sie gelänge, nur ein Theil der vorhandenen Schwierigkeiten beseitigt sein würde.

[Dementi.] Die von der „Berl. Börz. Ztg.“ verbreitete Nachricht, nach welcher der Abgeordnete Freiherr v. d. Heydt sich mit Vermittlungsversuchen in der Militärfrage beschäftigen soll, entbehrt, wie die „Nordb. A. Z.“ vernimmt, jeglicher Begründung.

[Der Oberkirchenrath.] Die „Nordb. A. Ztg.“ schreibt: „Ueber die Wiederbesetzung des durch den Tod des Birkel. Geh. Rath's von Wehrlich erledigten Präsidiums des evangel. Oberkirchenrath's schweben seit einiger Zeit Verhandlungen, welche jedoch zu einem definitiven Abschluß noch nicht gediehen sind. Für die geschäftliche Leitung des Oberkirchenrath's ist deshalb eine interimistische Anordnung dahingegen getroffen worden, daß dieselbe vorbehaltlich der Ernennung eines eigenen Präsidenten dem Herrn Cultusminister von Mähler mit übertragen worden ist, jedoch unter Modifikationen, durch welche auch während dieses Interimisticums die bisherige Organisation und Selbstständigkeit der kirchlichen Behörde vollständig gewahrt ist. Die ein-

willige Anordnung hat vornehmlich den Zweck, auch in dem jetzigen Zwischenzustande das geschäftliche Zusammenwirken des Oberkirchenrath's mit dem Cultusministerium in denjenigen Angelegenheiten, in welchen dasselbe durch die bestehende Organisation vorgeschrieben ist, zu erleichtern.“

[Oberbürgermeister Ziegler.] Dem Vernehmen nach hat sich jetzt auch der ehemalige Oberbürgermeister Ziegler für die Annahme eines Mandats unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß für die auf den 16. d. M. anberaumte Nachwahl im hiesigen ersten Wahlbezirk seine Candidatur eine einen Erfolg versprechende Unterstützung findet. „Jedenfalls“ — schreibt ein berliner Correspondent der „Magd. Ztg.“ — wird von den Anhängern der verschiedenen Fortschrittspartei Ziegler aufgestellt werden und im Falle seiner Wahl würden im jetzigen Abgeordnetenhaus beinahe alle Größen von 1848 und 49 wieder vereinigt sein. Auch die drei in der Wahl unterlegenen Mitglieder der Fortschrittspartei des vorigen Abgeordnetenhauses: Maibauer, Siemens und Krieger, werden genannt und hier als Candidaten aufgestellt werden; der erste und der letzte möchten die meisten Chancen haben, wogegen die Mittel liberalen, weil sie bei der Hauptwahl durch alle drei Wahlgänge auf Saucken-Julienfelde festgehalten und sich bis auf Letzte und einige andere der Majoritätsentscheidung nicht gefügt haben, nicht die geringste Hoffnung haben, einen ihrer Candidaten durchzubringen.“

[Heinrich v. Gagern.] Aus Frankfurt a. M. schreibt man der „K. Z.“: Man spricht in diplomatischen Kreisen davon, daß Heinrich v. Gagern einen diplomatischen Posten erhalten solle und ihn annehmen werde. (Der frühere Präsident des frankfurter Parlaments hat sich in der letzten Zeit als eifriges Mitglied des großdeutschen Reformvereins gezeigt und bei der neulichen Generalversammlung desselben unter anderem das Hoch auf den Kaiser von Oesterreich ausgebracht.)

[In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung] erfolgte eine Berichtigung von Seiten des Magistrats. Derselbe theilte schriftlich mit: wenn er bei Gelegenheit der Nichtbestätigung des Rentiers v. Holzendorf zum unbesoldeten Stadtrath die Stadtverordneten ersucht habe, fortan mit der Erklärung der Gewählten über die Annahme der Wahl zugleich deren curriculum vitae einzureichen, so sei das auf seine, des Magistrats, eigene Veranlassung geschehen, nicht aber auf Anordnung der königl. Regierung zu Potsdam, wie in der vorigen Sitzung der Stadtverordneten irrig angenommen worden. Die Stadtverordneten-Opportunisten, welche die Einreichung des geforderten curriculum vitae befehllich ablehnten, richtet sich also nicht gegen die königl. Regierung, sondern gegen den Magistrat.

[Die lithographirten Correspondenzen.] Wir haben neulich mitgetheilt, daß es im Werke sei, die bisher cautionsfrei gebliebenen lithographirten Correspondenzen zur Caution heranzuziehen. Das nachfolgende an den Herausgeber einer hiesigen Correspondenz gerichtete Rescript giebt nähere Auskunft über die in dieser Hinsicht obwaltenden Absichten:

Die Frage, ob die sogenannten lithographirten Zeitungs-Correspondenzen nach § 14, 55 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 als selbstständige, zur Veröffentlichung gelangende periodische Druckschriften anzusehen seien oder nicht, ist bisher von den Gerichten verschieden aufgefaßt und zur Entscheidung des höchsten Gerichtshofes noch nicht gebracht worden.

Das Polizei-Präsidium hat gleichwie der Staats-Anwalt die erstgedachte Ansicht vertreten, von deren praktischer Durchführung jedoch, seit dem in der Untersuchungs-Sache wider Freese ergangenen Erkenntnis, Abstand genommen. Bei der erheblichen Bedeutung dieser Frage kann es jedoch nicht umhin, auf deren Entscheidung zurückzukommen und mit der königl. Staatsanwaltschaft dahin sich in Verbindung zu setzen, daß dieselbe von Neuem an die Gerichte und zwar durch alle Instanzen gebracht werde.

Mit Rücksicht auf die in letzter Zeit geübte Praxis will es jedoch vorher die Herausgeber solcher Correspondenzen und somit auch Ew. Wohlgebornen von diesem Schritt in Kenntniß setzen und erst, wenn binnen 14 Tagen, vom Empfang dieses Schreibens an gerechnet, eine Erfüllung der geforderten Forderungen nicht eingetreten sein sollte, an die l. Staatsanwaltschaft mit Bezug auf die Strafbestimmungen der §§ 39-42 des Preßgesetzes v. 12. Mai 1851 sich wenden. Bemert wird, daß, wenn die gedachten Correspondenzen als selbstständige, ihrem Inhalte nach selbstredend politische Zeitchriften aufgefaßt werden, erforderlich ist: 1) einen nach § 22 des Preßges. qualifizirten verantwortlichen Redacteur, einen als Buchhändler oder als Zeitungsvorkäufer concessions-nirten Verleger, einen concessions-nirten Drucker zu bestellen und auf jeder Nummer zu benennen (§ 24 a. a. D.); 2) bei Beginn der Verendung oder Aus-theilung ein mit der Ueberschrift des Redacteurs versehenes Exemplar bei dem Polizei-Präsidium zu hinterlegen (§ 5 a. a. D.); 3) eine Caution in Gemäßheit der §§ 11-13 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 und des Gesetzes vom 21. Mai 1860 zu bestellen, welche bei der Polizei-Hauptkasse in Höhe von 5000 resp. 2500 Thlrn. zu hinterlegen ist. Berlin, den 27. Oktbr. 1863. Königl. Polizei-Präsidium. 1. Abth. (gez.) Lüdemann.

[Vom Bundestage.] Wie man uns aus Frankfurt mittheilt, ist die Beschwerde des in Zürich lebenden Dr. Schwarzenberg aus Rassel „wegen Justizverweigerung“ in der gestrigen Bundestags-Sitzung zurückgewiesen worden. Der bezügliche Bericht der Reclamationscom-mission Berichterstatter Geheimer Rath Mohl) erkennt an, daß der Beschwerdeführer materiell recht habe, eine Justizverweigerung liege aber nicht vor. In derselben Sitzung ist von Weimar ein Gesuch um Verlängerung der 1867 ablaufenden Nachdruck-Privilegien für die Werke von Göthe, Schiller, Herder und Wieland um weitere 10 Jahre eingereicht worden. Man glaubt nicht, daß die Bundesversammlung auf dieses Gesuch eingehen werde.

[Aus der Zollkonferenz.] Wie verschiedenen Blättern von hier mitgetheilt wird, soll die Instruction der nassauischen Bevollmächtigten zur Zollkonferenz, Finanzdirector von Heimbach und Domänenrath Schellenberg, dahin gehen, den Handelsvertrag mit Frankreich zu genehmigen, wenn letzteres in eine Aenderung des Art. 31 des Vertrages zu Gunsten Oesterreichs einwilligt. Auch soll der Zoll von Wein und Traubenmost, welchen Preußen auf 4 Thlr. herabsetzen will, für Oesterreich nur 2 Thlr. betragen.

[Frau Roloff.] Das Ublisch'sche Sonntagsblatt berichtet über die ferneren Schicksale der Frau Roloff in Halberstadt. Nachdem man ihr durch das bekannte Verbot an die Soldaten ihren Erwerb entzogen und da in den bürgerlichen Kreisen von Halberstadt sich keine Gesellschaft fand, welche beschloss hätte, durch ihren Besuch sie schadlos zu halten, so sah sie sich nach einem ardem Erwerb zweige um, und meinte, an der Posttrappe, die seit der dort mündenden neuen Eisenbahn außerordentlich stark besucht ist, durch Errichtung einer Bude mit Lebensmitteln ihre Rechnung zu finden. Da war aber wegen des Grundes und Bodens erst die Zustimmung der Forstbehörde einzuholen und die wurde verweigert. Dann warf sie die Augen auf einen Platz, den ein Herr von dem Bunde zu vergeben hatte — verjaht. Endlich trat ihr ein Ackerbesitzer ein geeignetes Stück Feld miethsweise ab, und nur ward ihr vom Landrath des Kreises eröffnet: es sei kein Bedürfnis vorhanden; das vorhandene werde durch die Einwohner des (vor der Post-trappe gelegenen) Dorfes Thale befriedigt. Damit war der Sommer vergangen. Die brave Frau ist gebeugt, aber sie verzagt nicht.

[Die Disconterhöhung.] Von verschiedenen Seiten hier eingetroffene telegraphische Nachrichten lassen kaum einen Zweifel darüber, daß eine Erhöhung des Discontos auf 6% auch in Paris heute noch erfolgen werde.

[Die Vereine und die Polizei.] Die „Nat.-Ztg.“ berichtet: „In der vorgestrigen Versammlung eines hiesigen Bezirks-Vereins wurde dem Vorstande vor Eröffnung der Sitzung von dem anwesenden Polizei-Beamten angezeigt, daß nach einer ihm erteilten Weisung der Schluß um 10 Uhr Abends erfolgen müsse.“ — Die „Volkszeitung“ fügt hinzu, daß in einer demokratischen Bezirks-Versammlung von Alt-Köln sich vorgestern der beauftragte Wachtmeister habe mit an den Vorstandstisch setzen wollen, während er doch an einen besonderen Seitentisch gehöre, und daß deshalb auf den Antrag des Stadtverordneten Devereux die Versammlung aufgehoben worden sei.

[Hausfuchung nach Photographien.] Die „Zeitl. Corr.“ schreibt: Die Polizei ist am Dinstag gegen die Verbreiter der in unserer letzten Mittheilung erwähnten Caricaturen eingeschritten und hat bei dem Photographen Kinde (in der Leipzigerstraße) Hausfuchung gehalten und auch eine Anzahl Exemplare in Beschlag genommen. Wie wir hören, hat der Photograph den Verlag und Verkauf eingeklandet und der verfügten Verhaftung sich nur durch die Bestellung von 200 Thaler Caution entzogen.

[Arge Creesfe] haben in der Sonntag Nacht, wie die „Kreuz-Zeitung“ meldet, in einem Lokal auf dem Wedding stattgefunden und mehrere Polizeibeamten bei denselben nicht unerhebliche Beschädigungen davongetragen.

[Verbot.] Durch Verfügung der königlichen Regierung ist dem Verleger des „Kreissblattes für den Kreis Wangleben“ untersagt worden, ferner diesen Titel für sein Blatt zu führen. Dasselbe wurde in Egelu herausgegeben und wird, wie der Verleger bekannt macht, von nun an den Titel führen: „Wochenblatt für Egelu und Umkreis.“

[Gumbinnen, 6. Nov.] [Verwarnung.] Der Verleger der „Pr.-Litth. Z.“ hat folgende Verwarnung erhalten:

„Die Haltung der in Ihrem Verlage erscheinenden „Preussisch-Litthauischen Zeitung“ hat sich in neuester Zeit wiederum und wiederholt als eine die öffentliche Wohlfahrt gefährdende gezeigt. In Nr. 257 wird in dem Gumbinnen, 1. November, datirten Artikel, der diejenigen Beamten, welche oppositionell gewählt haben, als die wirklich und wahrhaft königstreuen bezeichnet, die Treue gegen Se. Majestät den König untergraben. Der in Nr. 285 abgedruckte, aus Berlin, 2. November, datirte, mit der Chiffre B. 1. C. versehene Artikel enthält eine verheerende Androhung der Revolution und beswdmet, den öffentlichen Frieden durch Anfreizung gegen die ministeriellen und Hofkreise zu gefährden. Bevor ich das Verfahren wegen des Verbots Ihrer Zeitung einleite, will ich es noch einmal mit einer Verwarnung versuchen, die ich Ew. Wohlgebornen hiermit auf Grund der Verordnung vom 1. Juni 1863 erteile. Gumbinnen, den 4. November 1863. Der Regierungs-Präsident Murauch.“

[Eberfeld, 5. November.] [Neuwahl.] Die königliche Regierung zu Düsseldorf hat durch Verfügung vom 2. d. M. angeordnet, daß die Neuwahl zur Wahl eines Abgeordneten an Stelle des ablehnenden Herrn Schulze-Dehligsch am Donnerstag den 12. November Morgens 9 Uhr hier selbst stattfinden soll.

[Aus dem Kreise Hagen, 3. Nov.] [Mangel an Theilnahme.] Das „Kreissblatt“ schreibt: Als ein Beweis, wie wenig rege manchmal die Theilnehmung bei den öffentlichen und Gemeinde-Angelegenheiten des Kreises ist, verdient erwähnt zu werden, daß heute zur Wahl von fünf Abgeordneten und fünf Stellvertretern, zur Einschätzung der Gewerbesteuer für Kaufleute für den ganzen Kreis Hagen (mit Ausnahme von Stadt Hagen, Schwelm und Herdecke) nur ein, sage ein Wähler im Termine erschienen war, der somit die ganze Verantwortung für eine gerechte Einschätzung durch die Wahl von zehn Personen auf sich nehmen mußte.

[Pofen, 6. Nov.] [Zeugenschaft.] Die „Dob. Z.“ schreibt: Gegen Herrn Schieweck, der seit dem 13. August d. J. in Stellvertretung als verantwortlicher Redacteur unserer Zeitung zeichnet, ist die Zwangshaft verfügt worden, weil er als Zeuge den Verfasser eines Artikels mit Bestimmtheit nicht angeben konnte, und sich weigerte, bloße Vermuthungen mitzutheilen.

[Eck, 3. Novbr.] [Beschlagnahme.] Heute Morgen wurde hier beim Kaufmann F. . . . eine Sendung von 3 Kisten, enthaltend 140 Kavallerie-Säbel nebst Koppeln, welche zur Expedition nach Biella bestimmt sein sollten, polizeilich mit Beschlag belegt. Die Kisten wurden in Gegenwart des hiesigen Magistrats geöffnet und auf dem hiesigen Magistratsbureau eine Verhandlung darüber aufgenommen. Hr. F. ist Inhaber einer großen Handlung mit Eisenwaaren, gehört zu den geachteten Bürgern unserer Stadt, und ist deshalb Jedermann auf den Ausgang der Untersuchung gewannt. (Pr. L. Z.)

### Deutschland.

[München, 5. November.] [Discont-Erhöhung.] Die hiesige Hypothekendarb hat heut den Disconto für Wechsel auf 5 pCt. erhöht. Der Discont für Lombard ist auf 5 pCt. belassen worden.

[Hamburg, 5. November.] [Der Senat] Hamburgs hat nach der Ausweisung des Grafen Baudissin mehreren dort ansässigen Schleswig-Holsteinern eröffnet, daß ihnen auf hamburgischem Boden keinerlei Agitation zu Gunsten Schleswig-Holsteins gestattet werden könne.

[Altona, 5. Nov.] [Zur Bundesexecution.] Ueber die den königl. dänischen Beamten in Holstein in Betreff ihres Verhaltens im Falle des Einrückens deutscher Bundesstruppen aus Kopenhagen erteilten Instructionen laufen noch immer verschiedene Versionen um. — Dem zum hannoverschen Civil-Commissar bei den Bundesstruppen designirten Erminister v. Münchhausen soll der hannoversche Regierungsrath v. Warnstedt, der als früherer dänischer und Schleswig-holsteinischer Beamter Land und Leute in Holstein sehr genau kennt, beigegeben werden.

### Italien.

[Rom, 31. Okt.] [Die Königin von Neapel.] Im Palast Farnese gingen im Laufe der Woche hochgestellte Personen öfter als sonst ein und aus. Man ist um die Königin von Neapel besorgt. Ihr Aussehen hatte sich in den ersten Tagen nach der Ankunft des Königs von Baiern merklich aufgehellt, jetzt ist es wieder umdüstert und deutet auf tiefes Seelenleiden. Sie unterläßt ihre liebgewonnenen Übungen und alltäglichen Gewohnheiten, fällt selten zu Pferde und legte einstweilen das ihr sehr werthe Studium des Englischen, welches sie bisher mit Eifer und Ausdauer unter der Leitung des Amerikaners Bayer betrieb, bei Seite. Mehrere ärztliche Consultationen fanden statt. Außer ihrem Leibbarzte Dr. Bovin, einem Franzosen, wurde auch ein



Deutscher, Dr. Lauffig aus Oesterreich, zugezogen. Ihr Leiden ist jedw...

Turin, 2. Nov. [Garibaldi. — Conspiration.] Ich kann heute günstige Nachrichten über Garibaldi mittheilen. In einem Briefe...

Caprera, 30. Oktober. Da bin ich wieder hier bei dem General, und freue mich, ihn fast vollständig geheilt wiederzufinden. Er beginnt, ohne Stütze zu gehen...

Die Nummer der „Unita Italiana“ vom 2. Nov. ist auf Befehl des General-Procuretors in der Druckerei und in den Büreaux...

Frankreich.

Paris, 4. Nov. [Die Eröffnung der Sitzung der Kamern] findet morgen um 1 Uhr im großen Saale des Louvre sehr feierlich statt.

Schweden.

Stockholm, 30. Okt. [Die Presse über die scandinavische Allianz.] „Aftonbladet“ bemüht sich neuerdings wieder Tag für Tag durch Leitartikel...

Russland.

Unruhen in Polen.

Warschau, 5. Nov. [Das Attentat auf General Trepow. — Die Bankbeamten.] Die gestern mit aller Bestimmtheit gemachte Angabe, daß Ummers, welcher das Attentat auf General Trepow versucht hat...

Kalisch, 6. Novbr. [Anfall auf die Post. — Niederlage der Insurgenten.] Gestern schrieb ich Ihnen über ein Gescheh, welches bei Cefow (nicht Czekanow) zwischen Polen und Russen stattgefunden hat...

Kattowitz, 6. Novbr. [Das zweideutige Verfahren Oesterreichs gegen Polen.] Wie Oesterreich den Polen durch diplomatische Noten gewogen ist, und wie es zu Hause in Galizien verfährt...

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns: Ort, Barometer, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter. Includes data for Breslau and Dresden.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 6. Nov., Nachm. 3 Uhr. Die Proz. eröffnete zu 67, stieg auf 67, 10 und schloß in trüger Haltung zu 67. Consols (Coup. de aché) von Mittags 12 Uhr waren 91 1/2 eingetroffen.

Wetter föhl, stürmisch und regnerisch. Schluß-Course: National-Anleihe 70. Oesterr. Credit-Aktien 78 1/2. Vereinsbank 104 1/2 B. Nordb. Bank 103 1/2. Rheinische 96. Nordbahn 59. Disconto. Wien 88, 25. Petersburg 31 1/2.

Berliner Börse vom 6. November 1863.

Large table with multiple columns: Fonds- und Geld-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Bank- und Industrie-Papier.

Berlin, 6. Novbr. Weizen loco 50-58 Thlr. nach Qualität, feiner weißer poln. 56 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco neuer 38 1/2-39 Thlr. ab Bahn bez. — Weizen 34-35 Thlr. ab Bahn bez.

Breslau, 7. Novbr. Wind: West. Wetter: angenehm, jedoch fühlbar Thermometer früh 1° Wärme. Auch an heutigen Markte behielt der Geschäftsbetrieb vorherrschend lustlosen Charakter.

Wien, 6. Novbr., Abends. Die „Abendpost“ schreibt: Ohne einer ernsten und ruhigen Prüfung der französischen Thronrede vorgreifen zu wollen, bemerken wir, daß die Verträge...

Telegraphische Depesche. Wien, 6. Novbr., Abends. Die „Abendpost“ schreibt: Ohne einer ernsten und ruhigen Prüfung der französischen Thronrede vorgreifen zu wollen, bemerken wir, daß die Verträge...